

Bezugspreis:
Der „Saunshote“ erscheint täglich, jedoch mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet im Vierteljahr einschließlich Zustellung M. 3.50, durch die Post ins Haus gebracht M. 3.75. Wochenblätter, durch unsere Geschäftsstelle und unsere 5 Filialen zu beziehen, 25 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg.

Geschäftsführer: Adenstraße 1
Journaldirektor: Nr. 9

Saunshote

Homburger Tageblatt

Anzeiger für Bad Homburg v.d. Höhe

Anzeigenspreis:
Die Anzeigenspreise sind: 1. für den ersten Tag 20 Pfg., im Abdruck 10 Pfg., im Abdruck 40 Pfg. Bei Anzeigen von anderen Firmen ist die Anzeigenspreisliste 25 Pfg., im Abdruck 10 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatte. Daueranzeigen nach Vereinbarung. In der Redaktion einsehbar.

Postfachkonto Nr. 8974
Frankfurt am Main

Reichszerklörung oder Reichserhaltung.

Von unserem Berliner Vertreter.
Aus neutraler Quelle gelangen seit einigen Tagen Nachrichten zu uns herüber, daß in der Entente die scharfe Tonart Trumpf geworden ist, und daß namentlich Clemenceau alle Hebel in Bewegung setzt, die Einheit des Deutschen Reiches zu zertrümmern. Er folgt damit der alten französischen Tradition, die von Ludwig XIV bis zu den Napoleon in einem zerstückelten Deutschland die beste Sicherung Frankreichs gesehen hat. Ebenso wie das Mittel, daß die französischen Politiker anzuwenden gedenken, ist auch das Rezept nicht neu, nachdem sie arbeiten. Der Haager Neuwe Courant teilt mit, daß die Entente zurzeit am Werke ist, einen Sonderbund aus den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands zu schaffen. Wenn dieser Plan besteht, und daß er vorhanden ist, daran unterliegt nach zuverlässigen Informationen kein Zweifel, dann sind verschiedene Meinungen des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner auf der jüngsten Reichskonferenz durchaus verständlich. Sicherlich wird ihm Clemenceau gewisse bedeutsame Zusicherungen gemacht haben, aber nicht aus besonderer Liebe zu Bayern, sondern aus Gründen politischer Taktik. Bayern soll ähnlich wie unter Napoleon I. der Mittelpunkt des neuen Rheinbundes werden. Auf diese Weise soll das Deutschland der Kleinstaaterei und damit der ganze Jammer des deutschen Partikularismus wieder aufstehen, der Deutschland bis 1870 zum Ährentrüdel der Welt gemacht hat. Bayern wird hier eine welthistorische Aufgabe zu erfüllen haben, wenn es über der Sache Großdeutschlands seine Sonderinteressen vergißt und auf etwaige Vorteile des Augenblicks verzichtet. Leicht wird es denjenigen Männern, die für die Reichseinheit in Bayern einzutreten gewillt sind, die Arbeit nicht gemacht werden.
Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wenn man sich die Tatsache verhehlen wollte, daß im Süden Deutschlands im Laufe des Krieges starke partikularistische Strömungen erwacht und dank der unklugen Politik des zusammengebrochenen preussischen Systems heute mehr als je als belanglose politische Unterströmungen. Nicht bloß seit heute und gestern ist das Wort „Uns Bayern ist es gleich wie der Krieg ausfällt, einer von unseren Feinden liegt ja doch, entweder die Engländer oder die Preußen“ kein bloßer Witz, sondern ein tatsächlicher Ausdruck der Volksstimmung. Ähnlich verhält es sich in Württemberg und Baden und ähnlich in den linksrheinischen Gebieten Preussens. Hier sind noch alte Traditionen lebendig, die selbst noch in den Jahren vor 1870 stark wirksam waren. Zweifellos wird es auch hier nicht weniger Leute, namentlich in bürgerlichen Kreisen, geben, denen die Ordnung unter der Herrschaft der Entente lieber wäre, als ein volkswirtschaftliches Chaos in Großdeutschland. Für die Reichsregierung erwachen hier große Aufgaben, die sie nur mit der Aufbietung aller Kräfte und mit der Aufwendung des größten politischen Talents zu lösen vermag. Ueber die Notwendigkeit eines einheitlichen Deutschlands ist sich auch die deutsche Sozialdemokratie bis in die Reihe der Unabhängigen Sozialdemokraten im klaren. Die „Freiheit“, das Organ der BerlinerUnabhängigen, der man Mangel an politischer Prinzipienfestigkeit nicht vorwerfen kann, hat in einer Besprechung der Reichskonferenz ein nachdrückliches Bekenntnis zur Unteilbarkeit des Deutschen Reiches abgelegt und darauf hingewiesen, daß jeder Sozialist aus wirtschaftlichen Gründen für die Unteilbarkeit Deutschlands eintreten müsse.
Eines aber mögen die verantwortlichen Männer bedenken, daß die Erhaltung der Reichseinheit ihnen auch Pflichten auferlegt. Es ist nur möglich die auseinanderstrebenden Teile beisammen zu halten, wenn ihnen nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat klargemacht wird, wie groß die Vorteile eines geeinten und wie groß die Nachteile eines zerstückelten Deutschlands sind. Dazu

gehört vor allem Berücksichtigung aller Interessen, gewiß hat die sozialistische Regierung in erster Linie die Aufgaben ihrer Mandatäre zu erfüllen, aber sie muß andererseits nicht vergessen, daß sie die Pflicht hat auch die Interessen jener Bevölkerungsklassen zu schützen, die durch die Revolution ins Lager der Minorität gedrängt worden sind. Es scheint so als ob diese Erkenntnis auch den Männern der neuen Regierung zu dämmern beginnt, die bisher als einseitige Vorkämpfer des Klassenkampfstandpunktes stigmatisiert waren. Die Rede, die der Volksbeauftragte Barth im Großberliner Arbeiterrat gehalten hat, weist jedenfalls darauf hin, daß die Volksbeauftragten bemüht sind, die Einheit der Arbeiterschaft zu wahren und sie vor unverantwortlichen Handlungen abzuhalten. Die Gefahr ist groß und sie kann nur behoben werden, wenn es der Reichsleitung gelingt, eine einheitliche Front des deutschen Volkes herzustellen. Sie mag aber bedenken, daß zu dieser Front nicht bloß das deutsche Proletariat, sondern auch die deutsche Intelligenz, das Deutsche Bürgertum und die deutsche Beamenschaft gehört. Das deutsche Volk wird sicherlich im Kampfe um die Reichseinheit zusammenstehen, wenn es die Ueberzeugung erhält, daß das Reich, dessen Zusammenbruch verhütet werden soll, nicht unter der Diktatur des Proletariats, selbst in bedingtem Sinne steht, sondern ein Organismus ist, an dessen Erhaltung und Ausbau die ganze Volksgemeinschaft verantwortlich mitarbeitet.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 1. Dez. (WB.) Der Rat der Volksbeauftragten nahm in seiner vorgestrigen Sitzung eine Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) an. Das Wahlrecht wird den Grundbesitzern des Aufrufs vom 15. November 1918 entsprechen. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je sechs bis zehn Abgeordnete zu wählen sein werden. Die Wahlen sollen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, am 16. Februar 1919 stattfinden.
Berlin, 30. Dezbr. (WB.) Ueber den wesentlichen Inhalt der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erfahren wir folgendes: Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag, also am 16. Februar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichswahlrecht auf die Frauen, auf die 20-25jährigen und auf Personen des Soldatenstandes ausgedehnt worden. Wahlschlüsselungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Konkurs und Armenunterstützung sind nicht mehr Wahlschlüsselungsgründe. Die Wahlkreiseinteilung beruht auf dem Grunde, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 ein Abgeordneter fällt und dort, wo die Landes- oder Verwaltungsbezirkegrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 Einwohnern gleichgerechnet wird. In Preußen bilden die kleineren Provinzen und großen Regierungsbezirke sowie Berlin je einen Wahlkreis. Andere Regierungsbezirke sind zum Teil auch mit nichtpreussischen Gebieten zusammengelegt worden. Bayern zerfällt in vier, Sachsen in drei, Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden. Bezüglich der Wahl-

erlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrechts so zuverlässig wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgesehen worden, die den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besonders Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugsteilnehmer schaffen sollen. In der Regelung der Verhältniswahl schließt sich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 21. August 1918 an, das seinerzeit von der überwältigenden Mehrheit im Reichstage angenommen wurde. Nur ist mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise bestimmt worden, daß die Wahlvorschlüsse nicht bloß von 50, sondern mindestens von 100 wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen. Die Wahlordnung, die der Staatssekretär des Innern aufgrund der ihm erteilten Ermächtigung erlassen hat, bringt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, die sich in vielen Beziehungen an das geltende Reichswahlrecht anschließen, soweit nicht infolge der außerordentlich großen Vermehrung der Wahlberechtigten, der Einführung der Verhältniswahl und der neuen Wahlschlüsselung abweichende Bestimmungen getroffen werden müssen. Außerdem enthält die Wahlordnung zahlreiche neue Vorschriften, durch die die grundsätzlichen Bestimmungen über die Verhältniswahl im einzelnen ausgebaut werden.

Die Heimreise unserer Truppen

Berlin, 1. Dezbr. Die Räumung im Westen geht weiterhin planmäßig vor sich. Auch unsere Truppen in Finnland haben freies Geleit nach Deutschland erhalten. Es steht also fest, daß wir unsere in Finnland stehende Heeresmacht ordnungsgemäß zurückbekommen.
Machen, 1. Dezbr. Die ersten Offiziere der Besatzungstruppen, und zwar ein belgischer Hauptmann und ein belgischer Oberleutnant trafen vorgestern nachmittag mit dem Kraftwagen in Machen ein und begaben sich zum Polizeipräsidenten und zum Rathaus, wo weitere Verhandlungen stattfanden. (Köln. Ztg.)
Potsdam, (Pfalz), 2. Dezbr. Im Laufe des Sonntagvormittages trafen, wie der „Rheinpfälzer“ meldet, die ersten Besatzungstruppen französischer Nationalität hier ein. Von Zimpfen und Weichenburg kommend, hielten sie — in der Hauptsache Jäger zu Pferde und Artillerie — lechtere ihre Geschütze mit sich führend, unter klingendem Spiel ihren Einzug. Vor dem Quartier des Oberkommandos defilierten die Truppen, die später in dem Kasernement des 12. Artillerie-Regiments untergebracht wurden. Gegen 12 Uhr wurden von zwei Offizieren der gesamte Post-, Telegraf- und Telefonbetrieb übernommen. Später wurden die bahntechnischen Anlagen besichtigt. Nahezu der gesamte Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Von mehreren öffentlichen Gebäuden weht die Tricolore.
Köln, 1. Dezbr. (WB.) Das Gouvernament gibt bekannt: Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt die Entente, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember 6 Uhr vormittags den Rhein überschritten haben sollen.
Düsseldorf, 1. Dezbr. (WB.) Der besetzte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der vergangenen Nacht beendet. Gegen 5 Uhr überschritten die letzten Divisionen die Rheintrübe; auch alles Material war herübergeschafft. Infolge des großen Truppenandranges glückte die Stadt zeitweilig einem großen Heerlager. Die Befehle werden in der folgenden Nacht oder Sonntag früh erwartet.
Budapest, 1. Dezbr. Der Hauptteil der Armee Macdens 170 000 Mann, die bis zum 19. November hätten abtransportiert sein soll, befindet sich noch in Südrussland, ein kleiner Teil sogar noch auf zumärschem Boden. Die Verzögerung des Rück-

marsches entstand hauptsächlich dadurch, daß die Tschechen die deutschen Kohlen zur Rückbeförderung nur zum kleinsten Teil durchließen und daß die Schienen vor Oberberg mehrfach aufgerissen wurden. Die Ententegenerale Franchet, Henrys und Berthelet verlangen nun die Entwaffnung und Internierung der Armee Macdens. Der Generalfeldmarschall hat erklärt, sich dem Gebot der deutschen Obersten Heeresleitung zu fügen, deren Entscheidung aber noch aussteht. (B. Z.)

Zur Abdankung des Kaisers.

Berlin, 1. Dezbr. (WB.) In den Mitteilungen des Professors Wegener in der „Kölnischen Zeitung“, mit deren Formulierung er dem Ansehen des Kaisers nicht gerade einen Dienst erwiesen haben dürfte, befindet sich auch die Behauptung, Bethmann-Hollweg und Jagow hätten den Kaiser im Juli 1914 „durchaus wider seinen Willen“ nach Norwegen geschickt. „Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gespanntheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Aber der Reichsfanzler sagte mir: „Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu wahren; wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es sicher Krieg und die Welt wird eurer Majestät die Schuld daran zuschieben. Und da bin ich dann gereift.“ Gegenüber dieser Behauptung erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Bei der Unterredung unseres Vertreters mit Bethmann-Hollweg am 26. 11., über die wir am 27. 11. in der Morgenausgabe berichteten, wurden auch hier die erwähnten Vorgänge ausführlich erörtert. Auch Bethmann wies darauf hin, daß der Kaiser ihn vor dem Antritt seiner Reise nach Norwegen um seine Meinung fragte. Der Ausschub oder der völlige Verzicht auf die übliche Reise wäre zweifellos in der ganzen Welt als Zugeständnis gerade von Deutschlands Standpunkt aus der sehr kritischen Lage empunden worden. Darum riet Bethmann dem Monarchen, die Reise anzutreten. Er hoffte daraus eine gewisse Entspannung der allgemeinen Lage. Nichts sollte unverfugt bleiben, was geeignet erschien, die Beunruhigungen zu zerstreuen und den drohenden Weltbrand abzuwenden. Mit voller Schärfe sprach sich aber Bethmann gegen die Unterstellung aus, als habe die Reichsleitung damals den Kaiser von Deutschland entfernt oder auf „Reisen geschickt“, — wie es in der Niederschrift des Professors Wegener heißt, — um nun ungestört zum Kriege treiben zu können.
Bern, 1. Dezbr. (WB.) Wie der „Corriere della Sera“ meldet, hält man die Abdankungsurkunde des früheren deutschen Kaisers in Frankreich für ungenügend, da in ihr nicht auch der Thronverzicht für die Nachkommen ausgesprochen wird.
London, 1. Dezbr. (WB.) Reuter, „Daily News“ erfahren, daß das Kriegsministerium (Kriegsamt?) heute den Bericht besprochen hat, worin die Rechtsfachverständigen der Krone die gesetzliche Maßnahmen zusammengestellt haben, die die Alliierten ergreifen können, um von Holland die Auslieferung des früheren Kaisers zu erreichen. Lloyd George reiste gestern von New Castle nach London zurück, um an der Besprechung teilzunehmen. Man sagt, daß der Bericht sehr genau ausgearbeitet sein wird und daß verschiedene Punkte in ihm zur Sprache kommen. Grundsätzlich scheinen die alliierten Regierungen der Meinung zu sein, daß die Auslieferung des früheren Kaisers verlangt werden muß. Es verheißt sich jedoch von selbst, daß man dabei alle in den völkerrechtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Formen wahren werde.
Berlin, 1. Dezbr. (Ziff. Ztg.) Der Kaiserin ist für ihre Reise nach Holland ein Extrazug gestellt worden. Sie war begleitet von dem Grafen Keller, zwei Damen aus ihrer bisherigen Umgebung und ihrem Kabinettssekretär, außerdem von dem Mitgliede des Volksgesundheitsrates Moosenbuhr, der wahrscheinlich mitfuhr, um irgendwelche Störungen oder Belästigungen zu verhüten. Dieser und der Kabinettssekretär sind an der Grenze umgekehrt.

Völkische Nebenlicht.

Berlin, 1. Dezbr. (U.) Zum ersten Male trat heute die neu gegründete deutsche demokratische Partei mit zahlreichen Volkssammlungen auf den Plan. Im Zirkus Busch, der die Fülle der Besucher nicht zu fassen vermochte, entwickelte Handelsminister Fischbeck das Programm der neuen Partei. Er wies auf die Ursachen des Zusammenbruchs des alten Regimes und auf die Unmöglichkeit des Reichstages hin, die Katastrophe zu verhindern. Das deutsche Parlament, obgleich nach dem freiesten Wahlrecht berufen, beruhte auf einem durch und durch morschen System, sodass die Massen uneingeschränkt in den Fesseln einer autoritativen Klasse verblieben, die sich um Volksrechte und Volkswillen nicht kümmerte. Die neue Partei ist bereit, alle Klassen des Volkes in sich aufzunehmen. Jeder Kampf zwischen den Klassen und Parteien soll vermieden und in Zukunft ein wahrer, sozialer Frieden herbeigeführt werden, bei dem die Arbeiter und Angestellten, die Kaufleute und alle, die nicht dem Besitz angehören, in gleicher Berechtigung über ihr Wohl und Wehe mitwirken sollen. Nicht umständlicher Sozialismus, sondern Gleichberechtigung aller Menschen, das Selbstbestimmungsrecht aller Berufsklassen ist das Ziel der Demokratie, die keine zügellose Freiheit predigt, sondern ein Gesetz schafft, das alle Deutschen bindet. Die neue Partei ist aber auch eine deutsche Partei, d. h., sie hält fest an dem Bestand des Reiches und begrüßt die österreichischen Brüder, die den Wunsch haben, sich dem neuen Reich anzuschließen.

Bad Ems, 1. Dezbr. (WB.) Delegiertentag der Frontsoldaten in Ems. Heute versammelten sich die Frontsoldatenräte in Ems zu einer Tagung. Anwesend waren etwa 300 Delegierte, unter denen sich viele Offiziere befanden. In der Mehrzahl gehörten die Teilnehmer zu den Intellektuellen. Kamerad Giebel sprach für die Regierung, Kamerad Thele gab eine kurze Zusammenfassung der Vorgänge, die zur Revolution geführt haben und fasste seine Ausführungen unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden dahin zusammen, dass die Revolution demokratisch und sozialistisch sein müsse. In der Diskussion wurde allseitig der Wille des Volksoheeres bekundet, hinter der Regierung zu stehen und etwaige separatistische Bestrebungen des Berliner Volksausschusses zu bekämpfen. Bei den Teilnehmern waren vielfach falsche Vorstellungen über die Stärke und Bedeutung der Spartakusgruppe und des Schlagwortes „Völkchismus“ vorhanden. Die Fortsetzung der Tagung wurde auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Inzwischen waren Barth und Möllenbaur aus Berlin eingetroffen.

Berlin, 30. 11. (WB.) Von den Soldatenräten der zurückkehrenden Fronttruppen sind der Reichsregierung in den letzten Tagen viele hundert Telegramme zugegangen, die alle dem Rat der Volksbeauftragten das Vertrauen aussprechen, sein Programm billigen und ihm seine Unterstützung zusichern. Von Westen und Osten von den Soldaten der Armeen, der Armee Korps und der Divisionen bis zu denen einzelner Kompanien und anderer kleiner Formationen spricht aus allen Runden der einheitliche Gedanke zum gemeinsamen Aufbau. Die Forderung nach der Rationalisierung und der Protest gegen die stetigen Störungen der Entwicklung

lehren immer wieder. Die Reichsleitung kann nicht jedem einzelnen antworten. Die Festsetzung des Wahltermins zur Rationalisierungsversammlung mag den Soldatenräten zeigen, welchen Weg sie gehen will.

Berlin, 2. Dezbr. Zu den Vorgängen in Polen heißt es in der „Völk. Zeitung“: Die Annahme, mit der die neue polnische Regierung sich über die deutschen Rechte hinwegsetzt und der Entscheidung der Friedenskonferenz vorzugreifen sucht, spricht besonders kennzeichnend aus der Tatsache, daß bei den angekündigten Beratungen, über die russisch-polnischen Landestelle die dort ansässigen Deutschen überhaupt nicht befragt werden sollen. Die „Post“ schreibt: Ist die Scham bei uns schon so weit gestiegen, daß wir uns von einem Volke, das wir mit unserem Blute aus der russischen Herrschaft befreit haben, hinterzogen werden lassen, das Preußen in der Jahrhunderte langen Arbeit aus der frühsten Unkultur herausgehoben hat?

Wien, 29. Nov. Ein Wiener Berichterstatter des „Neuen Wiener Journals“ erhält von einer Persönlichkeit, die bis in die letzten Wochen mit dem Wiener Auswärtigen Amt in enger Fühlung gestanden haben soll, folgende Mitteilungen: Graf Czernin hat kurz nach seinem Amtsantritt 1917 im Auftrag Kaiser Karls in Berlin Kaiser Wilhelm erklärt, Österreich-Ungarn stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte und könne den Krieg kaum über den Winter hinaus fortsetzen. Er bitte daher den Kaiser Wilhelm dringend, Frieden zu schließen, wenn es sein müßte, mit großen Opfern. Österreich-Ungarn erklärte sich seinerseits zu weitestgehendem Entgegenkommen bereit. Kaiser Wilhelm verwies, ohne persönliche Stellung zu nehmen, Czernin an Hindenburg und Ludendorff. Bei der Beratung mit ihnen im Hauptquartier blieb Hindenburg ziemlich passiv, Ludendorff führte das Wort. Czernin schilderte die traurige Lage der Monarchie, die vor dem Ende stehe. Ludendorff erwiderte, er glaube das nicht, halte vielmehr das unglückselige Verwaltungssystem Österreich-Ungarns für Schuld an dieser Auffassung und sei bereit, den Beweis dafür zu liefern durch Attisierung deutscher Kommissare an die österreichisch-ungarische Verwaltung für die Kriegszeit. Czernin, aufs höchste betroffen, erstattete dem Kaiser Karl Bericht, der natürlich einen solchen Eingriff entschieden ablehnte. Bald darauf begab sich Czernin wieder ins deutsche Hauptquartier und ließ nunmehr zum ersten Male durchblicken, daß Österreich-Ungarn gezwungen sein könnte, bei längerer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen. Daraus erwiderte Ludendorff mit größtem Ernst: Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, es die Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen habe. Einen solchen Akt von Treubruch könnten wir nur mit Eröffnung der Feindseligkeiten beantworten. Czernin brach darauf das Gespräch ab, kehrte nach Wien zurück und erklärte dem Kaiser: Unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders, als an seiner Seite ausharren. (Köln. Ztg.)

Saar, 30. Nov. Durch den Beschluß Englands und Amerikas sind die Waffenstillstandsangelegenheiten in die Hände Hochs übergegangen. Seine Vollmachten geben ihm eine außerordentliche Nachbefugnis auch in politischer Beziehung. Der Zustand ist so, daß die Praxis des poli-

tischen Verhaltens der Regierungen von dem französischen Militär reguliert wird. Von einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten werden folgende Vorteile erwartet: Auflösung der deutschen Armee durch Gefangennahme, oder völlige Zerschlagung der Verbände, Niederbruch der wirtschaftlichen Organisation der entscheidenden Landbesteile. Ferner wird erwartet, die politische Einwirkung der Entente in dem bereits besetzten Gebiet, entsprechende Rückwirkung auf das noch unbefetzte Gebiet und der Einzug in Berlin, in der weiteren Folge vor allem Sprengung der internationalen Solidarität, besonders der Arbeiter. (B. Z.)

London, 1. Dezbr. (WB.) Reuter. Generalstaatsanwalt Smith sagte vorgestern abend in Dorset, die Koalitionsregierung habe die Absicht, alle Deutschen in England zurückzuschicken.

Prag, 1. Dezbr. (WB.) Das tschecho-slowakische Pressbureau meldet aus Podgorica in Montenegro vom 29. November: Die große montenegrinische Stupachtina einstimmig, König Nikolaus und sein Haus abzulehnen und Montenegro unter König Peter mit Serbien zu vereinigen.

Bern, 29. Nov. (WB.) Das „Journal de Genève“ gibt eine Wiedergabe amerikanischer Blätter wieder, wonach Sachverständige mit der Feststellung der Lebensmittellage Deutschlands beauftragt sind. Nach ihrer Ansicht hat Deutschland genügend Lebensmittel bis Ende April. Die amerikanischen Blätter schlagen vor, Lebensmittel an den Grenzen Deutschlands anzulammeln, wo wo es leicht bei eintretender Not nach dem Innern Deutschlands verbracht werden könnten. Inzwischen müßte nach dem Prinzip verfahren werden: Für Völkchewissen kein Brot.

Wien, 28. Nov. Der Staatsrat fasste in seiner heutigen Sitzung einen Beschluß, wonach die Prager deutsche Hochschule von der Republik Deutsch-Österreich als deutsch-österreichisches Eigentum für jetzt und alle Zukunft in Anspruch genommen wird. Es wird die Erwartung ausgedrückt, daß die tschecho-slowakische Nation diese geschichtliche Kulturstätte in der Zeit des Übergangs vor jeder Behelligung und Feindseligkeit bewahren wird. Der Staatsrat bezieht sich vor, über den künftigen Standort dieser Hochschule selbst zu entscheiden und beauftragte das Staatsamt des Äußern behufs Regelung dieser Frage sofort mit der tschecho-slowakischen Regierung Verhandlungen einzuleiten.

Stadtnachrichten.

Wohltätigkeitskonzert in der Erlöserkirche.

e. Verworren ist die Zeit, die Zukunft dunkel. Unentwegt aber schreiten die Werke der hilfsbereiten Menschenliebe fort. Der Vaterländische Frauenverein, der in den verflochtenen Kriegsjahren so manche Träne getrocknet hat, wollte auch den heimkehrenden Homburger Krieger zum Besten dienen. Er veranstaltete am Samstagabend in der Erlöserkirche ein Wohltätigkeitskonzert. Und wenn bei dem kläglichen Besuch in finanzieller Hinsicht nur wenig erreicht ward, so blieb der künstlerische Erfolg doch unbestritten. Viel verheißend eröffnete Joh. Seb. Bachs Präludium und Fuge in Cis-moll den Abend. Wie spricht diese Schöpfung, eine der bedeutendsten des ehemaligen Leipziger Thomaskantors, mit ihren monumentalen Um-

rissen und tiefen religiösen Gefühlswerten doch gerade jetzt unmittelbar und stark zu uns. Carl Ehrenberg gab mit dem ihm unterstellten Kur- und Sinfonieorchester einen unverfälschten Bach, gleich entfernt von strenger Doktrin wie von eigenmächtiger Bearbeitungsucht. Wie der Anfang so war auch das Ende des Abends ein Höhepunkt. Die Ouvertüre zum Oratorium „Paulus“ von F. Mendelssohn stellte das Orchester in den Dienst einer Instrumentation, die von erhebener Großartigkeit und glaubensstarker Innerlichkeit ist. Als grundehrlich erwies sich wieder der Dirigent Carl Ehrenberg, starke musikalische Energie und Idealismus zeichnen ihn als nachgehaltenden Musiker aus. Auch als neuschaffender? Wir hörten zum ersten Male eine Komposition von ihm. „Frieden“ für Streichinstrumente op. 14 ist der Wiederkehr einer müden Seele, die zu lichten Höhen schwebt. Zarte Innigkeit und romantische Schwermut liegen in ihr, doch schien mir das Suchen nach Ausdrucksmöglichkeiten noch zu wenig unmittelbar. Das „Ave Maria von Aradelt“ für Orgel von F. Ritz, ein ähnlich gestimmtes Tonstück, das ihr folgte, ließ dies fühlbar werden. So wie es von Fr. Schilbhauer mit wohlangelegter Steigerung und klanglicher Differenzierung vorgetragen wurde, ertönte es im schönen Gotteshaus wie ein Klang aus fernsten Welten. Die Toccata d-moll für Orgel von Joh. Seb. Bach wurde nicht so bedeutsam zu Gehör gebracht. Zwischen den Instrumentalvorträgen sang Fr. Stefanie Schuster, Frankfurt, an Stelle des erkrankten Fr. E. Overlad die Arie „Höre Israel“ aus dem „Elias“ von F. Mendelssohn. Sie wird ihren an sich sympathischen Sopran vorzüglich in den Höhenlagen noch zu ruhigerer klarer Tongebung erziehen müssen, um an ein derartig anspruchsvolles Werk sich wagen zu dürfen. Die Vorträge aber, die ihre Stimme befiel, warme Melodie und dunkle Färbung, kamen in dem „Gebet“ von Hiller und in „Meine Seele ist stille zu Gott“ von Emmenrich weit eher zur Geltung. Starke Eindrücke gingen von dem Abend aus und hätte man das Kirchenlicht etwas gedämpfter leuchten lassen, so wäre wohl über alle eine noch wunderbare Begnadung gekommen.

Was die kunstliebenden Homburger in ihrer überwiegenden Mehrheit von diesem musikalischen Gottesdienst fernhielt, bleibt unerklärlich und bedauerlich zugleich. Denn abgesehen davon, daß dem guten Zweck des Abends nur wenig gebient wurde, kann es den Bestrebungen, die auf die Hebung unseres Kunstlebens abzielen, nicht zur Förderung gereichen, wenn eben die nötige Anteilnahme nicht vorhanden ist. Aber das Publikum ist nun einmal so.

* Vom Sonntag. Immer näher kommen die heimkehrenden Kampftruppen unserer engeren Vaterlande. Waren es zu Anfang der vergangenen Woche nur einzelne Vorboten der 5. Armee, die ihren Weg durch unsere Stadt nahmen, so stehen wir seit Freitag schon ganz unter dem Eindruck des Durchmarsches der Krieger. Neben größeren Einquartierungen, mit denen die hiesigen Kasernements belegt wurden, — vorgezogen sind zu diesem Zweck noch einige Schulen — bewegten sich namentlich am gestrigen Tage immer wieder Teile der zurückkehrenden großen Armeen durch die Straßen Homburgs. Bald waren es Sanitätsmannschaften, bald Fahrparkkolonnen, dann wieder besetzte Feldgendarmen und das Bett verlassen wollte.

„Wir nehmen einen Dienstboten“, erklärte er mit ungewohnter Energie. „Das Geschäft geht, und jetzt würdest Du die Arbeit ohne dies nicht mehr allein bestreiten können.“

Marta wies das ärgerlich zurück. Solange sie im Bette lag, kam eine Aufräumerin, dann aber machte sie sich wieder an die Arbeit. Es ging aber schwer. Das Kindchen war hungrig, wie ein Wolf, und saugte all ihre Kraft in sich. Ihr Gatte erwähnte immer wieder die Sache mit dem Dienstboten.

„Wir sind nicht in der Lage“, protestierte Marta, doch jetzt nicht mehr so energisch.

Den ganzen Abend berieten sie darüber, aber sie vermochten sich nicht zu einigen. Schließlich zankten sie sich, und etwa zwei Tage kam die Dienstbotenfrage nicht zur Sprache. Am dritten Tage unterbrach Marta die Stille.

„Schau“, sagte sie ihrem Mann, „Du bist eine arme, alte Schwester, die sich mit sechs Töchtern plagt.“

„Ja“, antwortete er verwundert.

„Die Älteste ist die Julie.“

„Ja.“

„Nun, ich habe daran gedacht, daß wir doch keinen Dienstboten nehmen sollen, denn die verlangen einen schrecklich hohen Lohn. Aber wir nehmen die arme Julie zu uns. Es ist eine große Last, aber schließlich mußt Du ja auch etwas für Deine arme Schwester tun. Sie wird Dir ihr ganzes Leben lang dankbar dafür sein.“

„Daß mir das nicht schon früher einfiel“, antwortete der Mann. Und bewundernd blickte er auf seine geschickte Frau mit dem Herz aus purem Golde.

Die Dankbarkeit.

Von Géza Lengyel.

(Deutsch von Eduard Radoffa.)

Onkel Josef war der Verwandte mit dem guten Herzen. Ein mütterlicher Mensch, sein Auge stehend, sein Bart wirt. Lächeln sah ihn noch niemand, aber sein Herz war pures Gold. Marta hatte er zu sich genommen, als ihre Mutter, die Schwester Josefs, starb. Die ganze Familie gedachte gerührt, mit Achtung und Verehrung dieser edlen Handlung. Onkel Josef hatte selbst drei Kinder, dennoch bemittelte er die Waise. Er nahm die große Sorge vom Halbe der Familie.

„Aber führ' Dich brav auf“, sagte Onkel Josef dem Mädchen.

„Ja“, fügte die stille, blutarme Tante Mali hinzu, „der Onkel ist so sehr gut zu Dir.“

Marta war fünfzehn Jahre alt. Sie bewachte ihre Mutter, wie sich das schied, dann war sie dankbar. Morgens half sie zusammenräumen, dann fleidete sie die Kinder an, vormittags arbeitete sie in der Küche, nachmittags nähte sie Handarbeiten, abends machte sie, wenn es notwendig war, das Bad bereit: kurz, sie führte sich brav auf.

Die Verwandten sagten:

„Welch' vorzügliche Hausfrau sie wird. Vom Morgen bis zum Abend lernt sie, was sie in einem Haushalte wissen muß. Selbst ihr Mann kann einmal dem Onkel Josef dankbar sein.“

Das Mädchen arbeitete, schaltete und wachte wortlos. Ihre Stimme hörte man höchstens mitunter in der Küche. Auch hier sprach sie leise, gedämpft, aber sehr rasch. Die

Küchin sagte, als sie wegging, daß das Fräulein Marta hundert Augen hat. Aber das sagte eben ein fortgeschickter Dienstbote.

Im Speise- und Schlafzimmer vor dem ewig zornigen Onkel und der ewig jammernden Tante saß sie immer die Augen und schweig. Niemals hatte sie irgend einen Wunsch, niemals ging sie irgendwohin, das Theater kannte sie nicht, ein neues Kleid bekam sie nie. Sie war einfach sieben Jahre lang eben ein fortgeschickter Dienstbote.

Im Speise- und Schlafzimmer vor dem wanderschaft zusammen und meldete, daß da ein Kaufmann wäre, ein waderer, strebsamer Geschäftsmann, der die Marta heiraten möchte, aber eine kleine Mitgift müsse er haben, wenigstens siebenhundert Gulden. Und da nun er das Mädchen sieben Jahre lang gehalten habe, wußte er weder Dankbarkeit noch Dank erwartete, sollten die Klebrigen das Geld zusammensteuern, er wollte höchstens noch die Hochzeitstafel opfern.

Die Verwandten nickten, seufzten, und begannen darüber zu streiten, wieviel jeder zu geben habe. Ein jänklicher, schmuggiger Kohlenhändler kifferte seinem Nachbar zu:

„Wenn er sich sieben Jahre lang einen Dienstboten gehalten hätte, der hätte ihm auch wenigstens doppelt so viel gekostet, wie die Marta.“

Der Nachbar wies mit unverhüllter Enttäuschung diese böswillige Bemerkung zurück, und beiläufig, den Kohlenhändler bei Tante Mali zu denunzieren. Uebrigens war außer dem Kohlenhändler jeder vom Onkel Josef entzückt:

„Welch' gutes Herz! Welch' gutes Herz!“

Wilhelm Aiefer
Herrn- und Damenschneider
für 1. Dezember e. J.

Öber Stad
für 1. December 1881

Begrüßung der Truppen

Die Begrüßung der durchziehenden Truppen durch die städtischen Körperschaften findet morgen Vormittag vor dem Kurhause statt. Die genaue Zeit kann noch nicht bekannt gegeben werden. Die Mitglieder der städtischen Körperschaften werden hierzu ergebenst eingeladen. Die Herren werden gebeten, im Zilnder zu erscheinen.

Der Oberbürgermeister: Lübke
Der Arbeiterrat: Schmidt

Orts-Kommandantur.

In dem Hause Elisabethenstrasse 16 (Barnisonverwaltungsgebäude) ist unter der Bezeichnung Ortskommandantur eine Stelle eingerichtet worden, welche die Verpflegung und Unterbringung der hier ankommenden Truppen besorgt.

Hierher kommende Mannschaften sind daher an obige Stelle zu verweisen, welche ununterbrochenen Tages- und Nachtdienst hat.

Der Magistrat: gez. Lübke
Der Arbeiterrat: J. A. Odenweller

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß jeder Einwohner gesetzlich verpflichtet ist, die ihm auferlegte Einquartierung bei sich aufzunehmen. Im Weigerungsfalle stehen Zwangsmassregeln in Aussicht.

Bad Homburg v. d. H., 2. Dezember 1918.

Der Magistrat: Lübke
Der Arbeiterrat: Schmidt

Nehme ab 6. Dezember meine Praxis wieder auf
Sprechstunde von 8-9 und 2-4 Uhr
Dr. med. G. Walter
Kaiser Friedrich-Promenade No 16.

Dr. WILHELM WIEN
Höhestrasse No. 8

Abt wieder Praxis aus
Sprechstunden: 8-9 und 2-4 Uhr
Sonntags 8-9 Uhr :: Telefon No. 740.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen

Gustav Lang
prakt. Zahnarzt
Fernsprecher No. 95

Vom Felde zurück

teile meiner werten Kundenschaft sowie der Einwohnerschaft Homburgs mit, dass ich mein Geschäft wieder eröffnet habe.

Schuhmacher Armbrrecht

Mussbachstrasse 6.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Wilhelm Gule, für den Anzeigenenteil: D. Traupel; Druck und Verlag: Schöns Buchdruckerei Bad Homburg v. d. H.

Stockfisch

eingetroffen.
Fl. 1011 1012 Lautenschläger.

5 große Gänse

zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes unter 5583.

Gute fruchtige Ziege

wegen Futtermangel sofort zu verkaufen. (5581)
Frau Sophie Bullmann
Hausen Arnshaus.

Schwarzes gestiftetes Kleid

für große Figur, noch nicht getragen, zum Anschaffungspreis zu verkaufen.
Näheres bei Fräulein Engel, 5679) Promenade 37.

Betten

und sonstiges wegen Platzmangel zu verkaufen im Tannusboten unter 5590.

Verschiedene Sorten
leere Flaschen
zu verkaufen.
Wingertsberg.

Guterhalt. Nähstisch

zu kaufen gesucht.
Kugelhüte mit Preis aus B. 5584 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Besser. Handwerker

sucht auf dem Lande Stimmer mit voller Pension im Preise zu 100-120 Mark pro Monat. Off. unter A. D. 5575 an die Geschäftsstelle.

Brieftasche m. Inhalt verloren.

Wiederbringer gute Belohnung. 5592) Am Mühlberg 11 p.

Aufruf

Bildung einer Sicherheitswehr.

Auf Grund eines gemeinschaftlichen Beschlusses der städtischen Körperschaften, des Arbeiter- und des Soldatenrats sowie des Bürgerausschusses werden

alle männlichen Einwohner unserer Stadt im Alter von 20 bis 40 Jahren

welche mit der Waffe ausgebildet sind, hiermit aufgefordert, sich zum Schutze unserer Stadt zum Eintritt in die Sicherheitswehr zu melden. Die Sicherheitswehr soll nur im Notfalle aufgebildet werden. Den regelmäßigen Sicherheitsdienst versieht die Polizei und die ständige Sicherheitswache. Das nähere über die Organisation und die Einberufung wird noch bekannt gegeben werden.

Die Meldungen sind anzubringen:
für den Stadtteil Homburg beim Einwohnermeldeamt,
für den Stadtteil Hirdorf beim Bezirksvorsteherbüro.

Mitbürger! Es gilt das Wohl unserer Stadt und ihrer Einwohnerschaft! Es gilt, unter allen Umständen Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten, Leben und Eigentum zu schützen, die Lebensmittelversorgung zu sichern, Hungersnot fernzuhalten! Dazu soll die Sicherheitswehr mithelfen, wozu Polizei und Sicherheitswache einmal nicht stark genug sein sollten.

Meldet Euch zahlreich und zeigt dadurch, daß auch in ernsten Zeiten die Stadt Homburg auf den Gemeinssinn und die Hilfsbereitschaft ihrer Söhne rechnen kann.

Der Magistrat Die Stadtverordneten-Versammlung. Der Arbeiterrat
Lübke. Dr. A. Rüdiger. J. A. Odenweller.

LICHTSPIELHAUS

Bad Homburg v. d. Höhe
Luisenstrasse 89

Demnächst Eröffnung

:: Vornehmes Unternehmen ::

: allererstklassigste Darbietungen :

TÄGLICH KÜNSTLER-KONZERTE

Für die uns bei dem Ableben unserer geliebten Mutter

Frau Franz Stroh Wwe.

Marie, geb. Scholz

erwiesene Teilnahme sagen herzlichsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 2. Dezember 1918.